



Bundesverband Offene Kanäle e.V.

Kassel Commitment

Mit der „Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. September 2008 zu gemeinnützigen Bürger- und Alternativmedien in Europa“ wurden die Kommission und die Mitgliedsstaaten aufgefordert, die Bürgermedien „als Medien zu definieren, die ... sich hauptsächlich Aktivitäten widmen, die für die Allgemeinheit und die Bürgergesellschaft von Interesse sind, klar definierte Ziele verfolgen, die immer auf einen sozialen Zugewinn ausgerichtet sind, und zum Dialog zwischen den Kulturen beitragen ...“.

Am 11. Februar 2009 verabschiedete der Ministerrat der Europäischen Union in seiner 1048sten Sitzung eine Erklärung zur Funktion von Bürgermedien und lud sie ein, „sich ihrer Rolle bei der Förderung des sozialen Zusammenhalts und des interkulturellen Dialogs bewusst zu werden, und fordert sie abschließend auf, Regeln einer professionellen Ethik oder interne Richtlinien zu entwickeln, anzunehmen, zu überprüfen und sicherzustellen, dass diese respektiert werden.“

Mit der „Strategie Europa 2020“ hat der Europäische Rat im Frühjahr 2010 Weichen gestellt für ein gemeinsames Vorgehen der politisch Verantwortlichen in den Mitgliedsstaaten. Integratives Wachstum und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind als wesentliche Elemente in den Vordergrund gestellt, und die Staaten werden aufgefordert, wirksame Antidiskriminierungsmaßnahmen einzuführen: „Indem man den Menschen eine aktivere Rolle in der Gesellschaft ermöglicht, ... wird ein Beitrag zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung geleistet.“

„Sozialer Zugewinn“, „sozialer Zusammenhalt“, „Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung“: Diese drei Eckpunkte, wie sie von den drei europäischen Gremien genannt werden, waren zentrales Thema der Fachtagung „Sozialer Keil – sozialer Kitt: Die Vermittlerrolle der Bürgermedien in Europa“, die der Bundesverband Offene Kanäle gemeinsam mit der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien am 25. und 26. Juni 2012 in Kassel durchführte.

- 2 -

Wir, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Fachtagung, erklären deshalb heute:

- Wir versichern, dass die vom Europäischen Parlament und dem EU-Ministerrat an uns gestellten Anforderungen für unsere Arbeit immer Priorität haben.
- Wir werden der Einladung des EU-Ministerrats, uns unserer „Rolle bei der Förderung des sozialen Zusammenhalts und des interkulturellen Dialoges bewusst zu werden“, folgen und der Forderung, „Regeln einer professionellen Ethik oder interne Richtlinien zu entwickeln, anzunehmen, zu überprüfen und sicherzustellen, dass diese respektiert werden“, gemeinsam nachkommen.
- Wir werden den uns möglichen Beitrag zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung leisten, indem wir verstärkt auf soziale Randgruppen zugehen und ihnen dabei helfen, durch die Nutzung der Angebote der Bürgermedien eine aktivere Rolle in der Gesellschaft zu übernehmen.
- Wir gewährleisten für unsere Bürgergesellschaften den diskriminierungsfreien Zugang zu den in den Bürgermedien vorhandenen Kommunikationsmitteln.

Gleichzeitig fordern wir die Mitgliedsstaaten Europas dazu auf,

- die Empfehlungen, die das Europäische Parlament und der EU-Ministerrat an sie gerichtet haben, ebenfalls zu beherzigen und „die Bürgermedien als eigenständige Gruppe neben den kommerziellen und öffentlichen Medien rechtlich anzuerkennen, sofern dies noch nicht geschehen ist“,
- und dem Aufruf „zu größerer aktiver Unterstützung der Bürgermedien, um Medienpluralismus zu gewährleisten“ zu folgen.

Kassel, 26. Juni 2012